

Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004

Website-Ranking

Herausgegeben von der Initiative eParticipation

<http://www.Initiative-eParticipation.de>

Inhaltsangabe

1. Executive Summary	3
2. Zielsetzung und Grundlagen der Studie	4
2.1. Ausgangspunkt für unsere Studie	4
2.2. E-Government, E-Democracy, E-Participation – Eine Klärung der Begriffe	5
2.3. E-Bürgerbeteiligung: Definition für die Studie	7
3. Unsere Studie	9
3.1. Methode und Stichprobe	9
3.2. Beschreibung des Testbogens	9
3.3. Ergebnisse	13
3.3.1. Die Sieger im Gesamtranking	13
3.3.2. Die Sieger in den Basiskategorien	15
Adressierbarkeit	15
Offenheit	16
3.3.3. Die Sieger in den Online Beteiligungsverfahren	18
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	21
5. Über die Initiative eParticipation	24
6. Kontaktdaten und Ansprechpartner	24
7. Mitglieder der Initiative	25
8. Quellen	33

1. Executive Summary

Mit der Studie „E-Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2004“ hat die Initiative eParticipation die Internetangebote der 37 größten deutschen Städte getestet. Spitzenreiter in unserem Ranking ist Berlin, gefolgt von Essen, Düsseldorf, Bochum, Kiel und Braunschweig.

Die Möglichkeiten interaktiver Kommunikationskanäle werden am besten in Wiesbaden erkannt. Ein für Bürgerbeteiligung sehr offenes Internetangebot haben Berlin, München, Braunschweig, Kiel, Mannheim und Hamburg. Für die Bürger bieten Bochum, Essen und Dresden gute Online-Beteiligungsangebote. Aachen, Berlin, Bochum und Essen machen den Bürger/innen der untersuchten Städte am deutlichsten, wie mit ihren Anregungen umgegangen wird.

Allerdings kann keine Stadt mit ihrem Webangebot für Bürgerbeteiligung tatsächlich überzeugen. Die enormen Potenziale der Bürgerbeteiligung im Internet werden noch nicht genutzt. In der Bundesrepublik Deutschland steht vor allem die Modernisierung von Verwaltungsdienstleistungen, Stichwort E-Administration, im Vordergrund. Die Möglichkeiten, die das Internet für die Demokratie bietet, werden vernachlässigt.

Die Initiative ist ein Zusammenschluss von innovativen Dienstleistern, Think-Tanks und wissenschaftlichen Institutionen. Die Gründer dieser Initiative sehen das Potenzial für die Beteiligung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure mit Hilfe des Internets und gestaltet unterschiedliche Entwicklungen aktiv mit. Die Initiative ist mit einem hohen Anspruch an den Begriff „Bürgerbeteiligung“ verbunden. So gesehen spricht die Initiative erst von Bürgerbeteiligung, wenn die Anregungen der Bürger/innen erkennbar in den Entscheidungsprozess mit einfließen. Das alleinige Bereitstellen von politischen Diskussionsforen oder der Einsatz von „Ratsinformationssystemen“ stellen so gesehen noch keine aktive Bürgerbeteiligung dar.

2. Zielsetzung und Grundlagen der Studie

2.1. Ausgangspunkt für unsere Studie

Die Anzahl der Internetnutzer ist auch im vergangenen Jahr (2003), trotz anders lautender Prophezeiungen, weiter angestiegen. Mittlerweile sind schon über 53% der Deutschen über 14 Jahre „online“. Selbst eingefleischte „Offliner“ scheinen überzeugt davon zu sein, dass es sich nunmehr lohnt „drin“ zu sein.¹ Die Bundesregierung hat zudem verkündet, dass bereits in 2005 rund 75% der ab 14-Jährigen in Deutschland Internetnutzer/innen sein sollen.²

Während das Internet Wissenschaft, Wirtschaft und Medienkonsum revolutionierte, erreichte es auch sehr schnell die politische Sphäre. Der ehemalige US-amerikanische Vizepräsident Al Gore verkündete im Jahr 1994 vollmundig, dass ein neues athenisches Zeitalter bevor stehe.³ Neue Formen direkter Demokratie, gar eine Entwicklung der repräsentativen hin zu einer Beteiligungsdemokratie schienen im Bereich des Möglichen zu liegen.⁴

In Deutschland hat sich diese Debatte bislang sehr stark auf das E-Government, im Sinn von Verwaltungsverfahren, konzentriert. Hier wurden virtuelle Rathäuser, Online-Behördengänge und staatliche Dienstleistungen als Einsatzmöglichkeiten neuer Medien bevorzugt betrachtet.⁵ Weitaus weniger wurde der Fokus auf die elektronische Demokratie gelegt. Leider versperrte die intensive Auseinandersetzung um Online-Wahlen zusätzlich den Blick darauf, dass Wahlen nur ein kleiner Teil dessen sind, was aktive Beteiligung an politischen Prozessen ausmacht.⁶ Dabei hat Bürgerbeteiligung durch das Internet ein enormes Potenzial: die Qualität und Legitimation von Entscheidungen, so unsere These, würden durch eine aktivere Beteiligung der Bürger/innen an Dialog- und Entscheidungsprozessen vergrößert. Gleichzeitig können Bürger/innen wieder enger an das politische System gebunden werden. Eine für Politiker/innen und Bürger/innen gewinnbringende Situation - ein Grund, sich intensiv mit diesen Entwicklungen zu beschäftigen.

¹ vgl. van Eimeren, Birgit/Gerhard, Heinz/Frees, Beate (2003): Internetverbreitung in Deutschland: Unerwartet hoch. In: Media Perspektiven 8/2003, S. 338ff.

² vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003): Informationsgesellschaft Deutschland 2006. Aktionsprogramm der Bundesregierung, S. 7.

³ vgl. Gore, Al (1994): Rede vor der World Telecommunication Development Conference in Buenos Aires am 21.03.1994.

⁴ zum Beispiel: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.) (1998): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln: Bollmann.

⁵ vgl. Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin (2002): Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske+Budrich, S. 11.

⁶ vgl. Friedrichs, Stefan/Hart, Thomas/Schmidt, Oliver (2002): „Balanced E-Government“: Visionen und Prozesse zwischen Bürgernähe und Verwaltungsmodernisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, S. 20.

Den Kommunen wird insbesondere bei der Bürgerbeteiligung eine herausragende Funktion zugesprochen. Deshalb werden sie auch als „Schule“ oder „Trainingsfeld“ der Demokratie bezeichnet. Hier erfahren Menschen Politiker und den Einfluss von Entscheidungen auf ihren Alltag am unmittelbarsten.⁷ In den Kommunen gibt es schon seit längerer Zeit Instrumente zur direkten Bürgerbeteiligung.⁸ In den letzten Jahren wurden viele Ressourcen in die Errichtung virtueller Rathäuser investiert, auch um Bürger besser an lokalpolitischen Entscheidungen teilhaben zu lassen?

Diese Ausgangslage war für uns Anlass im Rahmen einer Studie zu untersuchen, wie fit deutsche Großstädte zur Zeit in Sachen Bürgerbeteiligung im Internet sind. Mit der nun vorliegenden Studie wollen wir einen ersten systematischen Blick auf dieses Thema werfen. Wir waren interessiert gute Beispiele zu erkunden, möchten aber auch auf Mängel und Defizite hinweisen. Uns ist dabei bewusst, dass es sich bei unserer Untersuchung nur um eine Momentaufnahme handelt. Wir hoffen jedoch eine anregende und intensive Diskussion anstoßen zu können und mit unserer Studie einen öffentlichen Bewusstwerdungs- und Akzeptanzprozess in Sachen „Initiierung und Etablierung von lebendigen E-Demokratisierungsprozessen“ und einen positiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Internet leisten zu können. Zudem wollen wir mit dieser Studie die Potenziale dieser Möglichkeiten aufdecken.

2.2. E-Government, E-Democracy, E-Participation – Eine Klärung der Begriffe

Die Diskussion um Bürgerbeteiligung im Internet wurde in Deutschland vor allem durch die E-Government-Debatte geprägt. E-Government bedeutet zunächst „die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung und der Leistungserstellung in Politik, Staat und Verwaltung unter intensiver Nutzung der Informationstechnik“.⁹ E-Government spannt einen breiten Rahmen auf, der ganz unterschiedliche Ebenen und Felder umfasst. Einen entscheidenden Beitrag zum besseren Verständnis leistete die „Balanced E-Government“-Studie der Bertelsmann Stiftung (2001). Mit ihr wurde E-Government als Verbindung elektronischer Bürgerdienste und Informationsangebote (E-Administration) mit einer Stärkung partizipativer Elemente (E-Democracy) präsentiert.¹⁰ Auf eine Formel gebracht ist

⁷ vgl. Korff, Fritz von (1999): Kommunale Demokratie und das Internet. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 191.

⁸ dazu Holtkamp, Lars (2002): E-Democracy in deutschen Kommunen - Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Technikfolgenabschätzung, Nr. 3/4 (11), S. 48-57.

⁹ zitiert nach Winkel, Olaf (2004): Zukunftsperspektive Electronic Government. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/2004, S. 7.

¹⁰ vgl. Bertelsmann Stiftung (2001): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernaher Demokratie. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Online im Internet. URL: <http://www.begix.de/>, S. 4.

Balanced E-Government die Summe aus E-Administration und E-Democracy. E-Partizipation ist demnach eine Untermenge der E-Democracy.

Der Anspruch guten E-Governments liegt darin, dass Bürger/innen von ihrer Regierung mehr verlangen „als bunte Websites und Online Formulare für die Steuererklärung“.¹¹ Sie fordern vielmehr Transparenz der öffentlichen Hand und wollen an Entscheidungen beteiligt werden.¹² Das Ziel des Balanced E-Governments sei daher, einen Ausgleich zwischen der Steigerung von Verwaltungseffizienz einerseits und der Stärkung der bürgerschaftlichen Partizipation auf der anderen Seite herzustellen. Diese Balance ist aus unserer Sicht in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erreicht. Zu stark lag die Betonung bislang auf Aspekten der E-Administration, was die Diskussion um die elektronische Signatur eindrucksvoll illustriert.¹³

Man kann Demokratie als ständigen Kommunikationsprozess zwischen Regierenden und Regierten betrachten. Das Ziel dieses Prozesses besteht darin, alle von einer Entscheidung Betroffenen an dieser Entscheidung zu beteiligen.¹⁴ Demokratische Staaten erlangen ihre Legitimität über den Grad, an dem sie Bürger an Entscheidungen beteiligen.¹⁵ Für das Funktionieren einer solchen kommunikativen Demokratie ist die mediale Infrastruktur von elementarer Bedeutung.¹⁶ Mit dem Internet hat sich eine gänzlich neue mediale Infrastruktur entwickelt und eben diese eröffnet Möglichkeiten, neue Wege der Kommunikation und Partizipation zu gehen.¹⁷

Dabei umschließt E-Democracy die politische Willensbildung durch das Internet (beispielsweise durch Informationen) und die politische Partizipation. Auf der Website des Bundesinnenministeriums heißt es dementsprechend, dass Elektronische Demokratie alle Maßnahmen zusammenfasst, bei denen „Internettechnologien eingesetzt werden, um Bürger/innen zusätzliche demokratische Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen“.¹⁸ Aus dieser Definition klingt ganz deutlich „Bürgerbeteiligung“ heraus.

¹¹ vgl. Friedrichs/Hart/Schmidt (2002), S. 16.

¹² vgl. ebd., S. 16.

¹³ vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel (2002), S. 11.

¹⁴ vgl. Ewert, Burkhart/Fazlic, Nermin/Kollbeck, Johannes (2003): E-Demokratie. Stand, Chancen, Risiken. In: Schulzki-Haddouti, Christiane (Hrsg.): Bürgerrechte im Internet. bpb: Bonn, S. 229.

¹⁵ vgl. Donath, Matthias (2001): Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik - Beispiele aus den USA. Campus: Frankfurt/Main, S. 75.

¹⁶ vgl. Korff (1999), S. 193.

¹⁷ vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel (2002), S. 11.

¹⁸ Vollständiges Zitat: „Der Begriff fasst alle Maßnahmen zusammen, bei denen Internet-Technologien eingesetzt werden, um Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche demokratische Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Beispiele für e-Democracy sind Online-Wahlen und politische Diskussionsforen im Netz. Unter diesem Stichwort werden aber auch ganz allgemein die demokratischen Potenziale des Internet diskutiert.“ Bundesministerium des Inneren: Lexikon. Begriff: e-Democracy. Online im Internet. URL: http://www.bmi.bund.de/frame/sonstige/Lexikon/ix3732_17904.htm?lexmode=on

2.3. E-Bürgerbeteiligung: Definition für die Studie

Partizipation bedeutet nichts weiter als Beteiligung. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden, Konzepte und Aktivitäten, mit denen beteiligungsorientierte Beziehungen zwischen Einzelnen, Gruppen und Institutionen in Staat, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft sowie Bildung initiiert und etabliert werden. Finden partizipative Kommunikationsprozesse via Internet statt, so heißt hier der übergeordnete Begriff "E-Partizipation". Mit der vorliegenden Studie haben wir uns mit E-Partizipation auf der kommunalpolitischen Ebene beschäftigt und dabei die Beziehung zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern beleuchtet.

Wie schon erwähnt hat die Diskussion um E-Voting, auf die zum Beispiel Bundesinnenminister Otto Schily lange Zeit gesetzt hat, andere vielversprechende Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung im Internet überdeckt.¹⁹

Im Rahmen unserer Studie wird Partizipation als Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungen betrachtet. Unter politischer Beteiligung/Partizipation werden jene Tätigkeiten verstanden, die der Bürger/die Bürgerin freiwillig unternimmt um politische Entscheidungen zu beeinflussen.²⁰ Partizipation ist gerade auf lokaler Ebene „Betroffenenbeteiligung“: Bürger/innen, die durch Verwaltungsentscheidungen betroffen werden, erhalten Diskursrechte und Mitwirkungsrechte, bis hin zu Mitentscheidungsrechten, beispielsweise bei der Bauleitplanung.²¹

Politische Entscheidungen sollen nicht mehr nur von Spitzenakteuren getroffen werden, sondern aus einer breiten sachorientierten Diskussion auf unterschiedlichsten Ebenen hervorgehen.²² Dabei geht es nicht darum, die repräsentative Demokratie in Frage zu stellen. Coleman und Götze definieren Partizipation als eine Partnerschaft zwischen Regierung und Bürgern, in der sich die Bürger aktiv am politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Die letztendliche Verantwortung für die Entscheidung verbleibt aber in der Verantwortung der Regierung.²³ Auf Basis dieser Überlegungen haben wir für unsere Studie folgende Definition von E-Partizipation entwickelt. Für E-Partizipation verwenden wir den Begriff E-Bürgerbeteiligung um zu kennzeichnen, dass unsere Definition die Beziehung zwischen Bürgern und

¹⁹ vgl. Winkel (2004), S. 5.

²⁰ vgl. Kaase, Max (2000): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn: bpb. Online im Internet. URL: http://www.bpb.de/wissen/06713986635846339646200579504445,0,0,Politische_Beteiligung_PolitischePartizipation.html

²¹ vgl. Donath (2001), S. 64.

²² vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel (2002), S. 12.

²³ vgl. Coleman, Stephen/Götze, John (2001): Bowling Together: Online Public Engagement in Policy Deliberation. Online im Internet. URL: <http://www.bowlingtogether.net>, S. 13.

Entscheidungsträgern betrachtet:

Unter E-Bürgerbeteiligung werden jene Elemente der Bürgerbeteiligung betrachtet, die eine aktive Teilhabe an politischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe des Internets ermöglichen.

Dieses Verständnis von E-Bürgerbeteiligung macht deutlich, dass allein die Bereitstellung politischer Informationen durch Entscheidungsträger im Internet oder ein politisches Forum noch keine „E-Bürgerbeteiligung“ ist, allenfalls wichtige Voraussetzungen.

Mindestvoraussetzung für eine E-Bürgerbeteiligung ist die Adressierbarkeit, was bedeutet, dass eine Information vom Bürger zum Entscheidungsträger über einen Internet-Kanal gelangen muss. Ein weiteres darauf aufbauendes Kriterium ist die Offenheit eines Internetangebots gegenüber den Bürger/innen. Zum einem sollen diese möglichst umfassend über die politische Wirkungsweise, die Machtverhältnisse und politische Entscheidungen informiert werden. Denn die politische Informiertheit ist letztlich die Grundvoraussetzung für verantwortungsbewusste Partizipation.²⁴ Als nächstes sollten die Entscheidungsträger aber auch Gehör für die Anregungen der Bürger/innen haben.²⁵

Wenn Bürger/innen an Entscheidungen beteiligt werden, sollten sie genau darüber informiert werden, wie das Verfahren abläuft. Transparenz erleichtert Orientierung, erhöht die Akzeptanz und steigert in Folge dessen die Effizienz der Bürgerbeteiligung.²⁶

Der wichtigste Aspekt ist jedoch, dass geklärt wird, wie die Anregungen der Bürger/innen in den Entscheidungsprozess mit einfließen. Es darf keinesfalls der Eindruck entstehen, dass die Anregungen folgenlos bleiben. Die Beiträge der Bürger/innen sollen tatsächlich einen Einfluss auf die Entscheidung bekommen. Letztlich kann nur in diesem Fall von Bürgerbeteiligung gesprochen werden.

Auf Basis dieser Definition und den sich daraus ergebenden Anspruchskriterien haben wir unser Studienkonzept entwickelt. Dieses, und die Ergebnisse unserer Untersuchung, möchten wir im nächsten Abschnitt vorstellen.

²⁴ vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel (2002), S. 19.

²⁵ vgl. ebd., S. 17.

²⁶ vgl. Friedrichs/Hart/Schmidt (2002), S. 16.

3. Unsere Studie

3.1. Methode und Stichprobe

Die im letzten Kapitel vorgestellte Definition war die Grundlage für die Entwicklung unserer Studie. Wir wollten untersuchen, ob und wie E-Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten im Internet angeboten wird.

Als Methode zur Untersuchung von E-Bürgerbeteiligung wurde eine Ranking-Studie in Form eines Webtests gewählt. Die maximal zu erreichende Punktzahl stellt eine „Best Practice“ dar und beschreibt damit das aus unserem Ansatz folgende ideale Internetangebot für E-Bürgerbeteiligung.

Untersucht wurden alle deutschen Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern. Basis waren die aktuellsten verfügbaren Daten des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2002. Insgesamt wurden 37 Städte getestet. Für den Test war pro Site ein Zeitaufwand von etwa zwei Stunden vorgesehen. Der Tester sollte sich jeweils in die Lage eines Bürgers versetzen, der sich über seine Stadt und konkrete aktuelle Beteiligungsprojekte informieren möchte.

In einem ersten Schritt wurden die Webangebote der Städte in den entwickelten Basiskategorien untersucht. Der zweite Schritt umfasste dann die Bewertung der jeweils im Untersuchungszeitraum aktuellen Beteiligungsangebote. Der Test fand im Zeitraum vom 25.05.2004 bis zum 15.06.2004 statt.

- | | | |
|----------------|------------------------|-------------------|
| • Aachen | • Essen | • Lübeck |
| • Augsburg | • Frankfurt am Main | • Magdeburg |
| • Berlin | • Freiburg im Breisgau | • Mannheim |
| • Bielefeld | • Gelsenkirchen | • Mönchengladbach |
| • Bochum | • Hagen | • München |
| • Bonn | • Halle (Saale) | • Münster |
| • Braunschweig | • Hamburg | • Nürnberg |
| • Bremen | • Hannover | • Oberhausen |
| • Chemnitz | • Karlsruhe | • Stuttgart |
| • Dortmund | • Kiel | • Wiesbaden |
| • Dresden | • Köln | • Wuppertal |
| • Duisburg | • Krefeld | |
| • Düsseldorf | • Leipzig | |

Abbildung 1: Liste der getesteten Städte

3.2. Beschreibung des Testbogens

Auf den Anforderungsprofil von E-Bürgerbeteiligung aufbauend, wurde aus Studien und Bürgergutachten der Katalog mit den Testkriterien entwickelt.

Der Testbogen besteht aus zwei Teilen. Mit dem ersten Teil wird die jeweilige Website der Stadt untersucht. Hier sind Adressierbarkeit und Offenheit des Angebots für Bürgerbeteiligung

die beiden Hauptkategorien. Insgesamt können in diesen beiden Basiskategorien 28 Punkte erreicht werden.

Der zweite Teil des Testinstruments untersucht die konkreten Beteiligungsangebote. Entscheidend sind hierbei das Diskursmanagement und der Einfluss der Anregungen auf die Entscheidung. Für die Beteiligungsangebote können maximal 27 Punkte erreicht werden. Für das Gesamtranking ergibt sich demnach eine Summe von 55 Punkten. Einen Überblick über das Testinstrument gibt die folgende Abbildung.

Das Testinstrument im Überblick

Beurteilung der Website		
Adressierbarkeit	Erreichbarkeit Kommunikationskanäle	9
Offenheit	Information Bürgernahe Aufbereitung der Informationen Einladungen zu Meinungsäußerungen	19
Beurteilung der Beteiligungsangebote		
Diskursmanagement	Interaktionstiefe der Partizipation Moderation Online-Verfügbarkeit der Informationen Verfahrenstransparenz Feedback Benutzerfreundlichkeit Regeln der Beteiligung	18
Einfluss auf Entscheidungen	Umgang mit den Ergebnissen Relevanz	9
Summe Gesamtranking		55

Abbildung 2: Hauptkriterien und Unterdimensionen des Testinstruments

Im folgenden sollen die einzelnen Kategorien ausführlich erläutert werden. Als grundlegende Voraussetzung für E-Bürgerbeteiligung wurde die **Adressierbarkeit**²⁷ als Testkriterium entwickelt. Adressierbarkeit bedeutet, dass eine Information vom Bürger zu einem Entscheidungsträger über einen Internet-Dienst gelangen muss. Dabei wird für den Testbogen unterschieden, welche Entscheidungsträger via Internet erreichbar sind und welche unterschiedlichen Kommunikationskanäle sie anbieten (E-Mail, Formular, Chat, Forum oder Online-Konferenz). Eine volle Punktzahl ist zu erreichen, wenn alle relevanten Entscheidungsträger

²⁷ Die Adressierbarkeit fordern beispielsweise Bürger/innen, vgl. Wienhöfer, Elmar/ Kastenholz, Hans/Geyer, Thomas (2002): Bürgerbeteiligung im Internet. Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Demokratie. Nr.207/Februar 2002. Bürgergutachten, S. 12; auch in der „Balanced E-Government Studie“ wird ein direkter Zugriff zu allen relevanten Ansprechpartnern per E-Mail oder Webformular und die Möglichkeit zur Debatte via Foren oder Chatrooms empfohlen, vgl. Bertelsmann Stiftung (2001), S. 6.

einer Stadt (Oberbürgermeister/in, Stadtverwaltung, Stadtrat) via Internet erreichbar sind und neben E-Mail und Webformular auch die Möglichkeit zum Chat, ein Forum oder Online-Konferenzen anbieten. Denn die letztgenannten Kommunikationskanäle unterscheiden sich durch ihren höheren Grad an Interaktivität vom klassischen Web-Formular oder der E-Mail.

Das zweite Hauptkriterium ist die **Offenheit** einer Stadt hinsichtlich der E-Bürgerbeteiligung. Um sich tatsächlich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können müssen sich die Bürger/innen über die politischen Aktivitäten in ihrer Stadt informieren können. Die Offenheit gliedert sich in die Unterdimensionen Information, Bürgernähe und Einladung zur Meinungsäußerung.

Mit der Unterdimension **Information**²⁸ wird untersucht, wie die Informationsleistung der jeweiligen Stadtspitze und des Stadtrats aussieht. Hierbei steht im Vordergrund, ob Informationen über die politische Struktur und den rechtlichen Rahmen (Stadtrecht, Verordnungen) gegeben werden. Mindestens genauso wichtig sind auch Informationen zur aktuellen politischen Agenda des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin und zu in naher Zukunft anstehenden Projekten und Vorhaben. Der Sitzungskalender, die Tagesordnungen und Protokolle der Rats- und Ausschusssitzungen, also das in vielen Kommunen schon im World Wide Web angebotene Ratsinformationssystem, wird ebenfalls unter die Lupe genommen.

Doch neben der reinen Informationsleistung sollten diese Informationen auch in allgemeinverständlicher Weise formuliert werden. Deshalb wurde die Dimension **Bürgernähe der Information**²⁹ entwickelt. Eine bürgernahe Aufbereitung der Information fordern nicht nur Experten, sondern auch die Bürger/innen selbst. Denn häufig ertrinkt die Bürgerin/der Bürger im Informationsfluss. Die Verwendung von „Expertensprache“ erleichtert Bürgerbeteiligung kaum und steigert ganz sicher nicht die Transparenz von Politik.

Die letzte Dimension der Offenheit ist die **Einladung zur Meinungsäußerung**. Wenn die notwendigen Informationen im Internet verfügbar sind, dann sollten die Entscheidungsträger die Bürger/innen auch tatsächlich einladen, ihre Meinung zu äußern oder Anregungen zu machen. In der Kategorie Adressierbarkeit können 9 Punkte erreicht werden. Die maximal zu erreichende Punktzahl in der Kategorie Offenheit beträgt 19 Punkte.

²⁸ Der Zugang zu Informationen gilt als entscheidender Indikator für elektronische Bürgerbeteiligung, auch als e-information bezeichnet, vgl. United Nations (2003): World Public Sector Report 2003: E-Government at the crossroads. Online im Internet. URL: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/un/unpan012733.pdf>, S. 95; Bürger/innen in Deutschland beklagen einen unzureichenden „Informationsfluss“, vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12.

²⁹ Die „Bürgernähe“ von Informationen wird deutlich hervor gehoben. Sie ist einerseits eine Forderung der Bürger selbst. Sie halten die Expertensprache unverständlich und fordern eine bürgergerechte Aufbereitung, vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12/17. Auch Coleman und Götze fordern eine allgemein verständliche Sprache, vgl. Coleman/Götze (2001), S. 23.

Im zweiten Teil des Webtests werden die jeweils im Untersuchungszeitraum aktuellen Beteiligungsangebote der Städte getestet. Dazu wurden verschiedene Kriterien entwickelt, die sich zwei Hauptkategorien zuordnen lassen. Mit der Kategorie **Diskursmanagement** wird untersucht, wie die Bürgerbeteiligung im Netz angeboten wird. Dabei spielen viele einzelne Unterdimensionen eine wichtige Rolle.

Die Interaktionstiefe der Partizipation gibt den Grad an, mit dem sich eine Bürgerin/ein Bürger an einem bestimmten Partizipationsangebot beteiligen kann. Der Bereich erstreckt sich von der alleinigen Information über eine stattfindende „klassische“ Bürgerbeteiligung bis hin zur Verknüpfung einer Präsenzveranstaltung mit Online-Diskussionsforen, Chats oder Online-Konferenzen. Den Autoren der Studie ist bewusst, dass klassische Beteiligungsverfahren, also Präsenzveranstaltungen, für die Demokratie in einer Stadt eine sehr wichtige Rolle spielen. Deshalb kann ein Angebot die Höchstpunktzahl erreichen, wenn eine Online-Konsultation mit einer klassischen Präsenzmethode verknüpft wird. Ebenso wichtig ist, dass die Verfahren moderiert werden und den Bürger/innen auch alle zur Beteiligung notwendigen Informationen zugänglich gemacht werden. Die nächste Kategorie ist die Verfahrenstransparenz.³⁰ Diese gibt an, wie viele W-Fragen (Was?, Wer?, Wie?, Warum?, Wie lang?) zum Beteiligungsverfahren im Internetangebot beantwortet werden. Wichtig ist auch, ob die Bürgerin/der Bürger ein Feedback für ihre/seine Anregung bekommt. Natürlich spielt die Benutzerfreundlichkeit eine Rolle in unserem Ranking. Nicht unerheblich für ein professionelles Diskursmanagement ist weiterhin, dass den Bürger/innen Regeln für die Beteiligung erläutert werden.³¹

Neben dem Diskursmanagement ist für eine E-Bürgerbeteiligung von zentraler Bedeutung, dass die Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung in den Entscheidungsprozess einfließen. Die entwickelte Hauptkategorie **Einfluss auf Entscheidungen** unterteilt sich in die Unterdimensionen Umgang mit den Ergebnissen und Relevanz der Fragestellung. Die Höchstpunktzahl für den Umgang mit den Ergebnissen einer Bürgerbeteiligung kann erreicht werden, wenn Entscheidungsträger ein Feedback darüber geben, wie die Empfehlungen der Bürger in die Entscheidung eingehen und sie eine Angabe darüber machen, wann die Entscheidung getroffen wird.

Die maximale Punktzahl in der Kategorie professionelles Diskursmanagement beträgt 18 Punkte. Beim Einfluss auf die Entscheidungen sind 9 Punkte erreichbar. Die maximale Punktzahl bei der Beurteilung der Beteiligungsangebote beträgt demnach 27 Punkte.

³⁰ Transparenz ist eine der Hauptforderungen an elektronische Bürgerbeteiligung, vgl. Coleman/Götze (2001), S. 15; Bürger/innen in Deutschland beklagen die vorherrschende Intransparenz von Entscheidungsprozessen, vgl. Wienhöfer/Kastenholz/Geyer (2002), S. 12.

³¹ vgl. Coleman/Götze (2001), S. 6.

Insgesamt waren damit für eine Stadt 55 Punkte zu erreichen. Diese maximale Punktzahl beschreibt damit aus unserer Sicht eine „Best Practice“, also ein ideales Angebot für E-Bürgerbeteiligung.

Nachdem der Kriterienbogen entwickelt wurde, fand ein Pretest von drei Websites aus der Grundgesamtheit statt. Dieser Pretest diente dazu, die prinzipielle Machbarkeit des Testinstruments zu klären, den Zeitaufwand einzuschätzen und eventuelle Unklarheiten zu beseitigen.

Mit diesem Website-Ranking kann nur getestet werden, was auf der jeweiligen Website tatsächlich angeboten wird und auffindbar ist. Es werden bei den Beteiligungsverfahren nicht die Verfahren beurteilt, sondern was über die Verfahren im Internet kommuniziert wird. Andere Kanäle, wie lokale Medien oder Flyer oder die konkreten Entscheidungsverfahren wurden nicht untersucht. Allerdings gelten Stadt-Websites als Informationsplattformen und man sollte von ihnen erwarten können, dass sie ein umfangreiches Service- und Informationsangebot bereit stellen.

3.3. Ergebnisse

3.3.1. Die Sieger im Gesamtranking

Der Sieger im Gesamtranking ist Berlin. Berlin erreichte mit 39 von 55 Punkten immerhin 71% eines optimalen Internetangebots für E-Bürgerbeteiligung. Berlin ist in den Kategorien Adressierbarkeit und Offenheit gut positioniert. Darüber hinaus bot Berlin im Untersuchungszeitraum neben Beteiligungsangeboten zur Bauleitplanung auch einen Online-Diskurs zum Kulturforum an. Nach Berlin konnten noch weitere Städte in die Spitzengruppe aufsteigen. Zur Spitzengruppe werden jene Städte gezählt, die im Gesamtranking mehr als 50% der möglichen Punktzahl erreichen konnten. Das Mittelfeld bilden jene Städte, die mehr als 25% der möglichen Punkte erhielten. In der dritten Gruppe befinden sich jene Angebote, die weniger als 25% der möglichen Punktzahl erreicht haben.³²

³² Städte, die im Untersuchungszeitraum kein konkretes Angebot zur Bürgerbeteiligung anboten, auf der jeweiligen Website aber klar ersichtlich war, dass sonst die Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung z.B. im Rahmen der Bauleitplanung angeboten wird, wurden nicht ins Gesamtranking aufgenommen. Sonst hätten sie einen Nachteil nur aufgrund des Untersuchungszeitraums gehabt. Es handelt sich hierbei um die Städte Bielefeld, Dortmund und Hannover.

Ergebnisse des Gesamtrankings

Spitzengruppe		
• Berlin	• Düsseldorf	• Krefeld
• Bochum	• Essen	• Lübeck
• Braunschweig	• Frankfurt	• München
• Dresden	• Hamburg	• Stuttgart
• Duisburg	• Kiel	
Mittelfeld		
• Aachen	• Halle (Saale)	• Münster
• Augsburg	• Karlsruhe	• Nürnberg
• Bonn	• Köln	• Wiesbaden
• Bremen	• Leipzig	• Wuppertal
• Gelsenkirchen	• Mannheim	
Nachzügler		
• Chemnitz	• Hagen	• Mönchengladbach
• Freiburg im Breisgau	• Magdeburg	• Oberhausen

Abbildung3: Die Ergebnisse des Gesamtrankings auf einen Blick. Die Städte in den jeweiligen Gruppen sind alphabetisch, und nicht nach der erreichten Punktzahl, sortiert.

Der ermittelte Mittelwert aller getesteten Städte lag im Ranking bei 22,6 Punkten. Die folgende Abbildung listet die Top 10-Städte im Gesamtranking nach Punktzahl auf.

Top 10 des Gesamtrankings

1	Berlin	39
2	Essen	34
3	Düsseldorf	33,5
4	Bochum	33
5	Kiel	32
	Braunschweig	32
6	Dresden	31
7	München	30
	Stuttgart	30
8	Lübeck	29
	Frankfurt am Main	29
9	Duisburg	28
	Hamburg	28
	Krefeld	28
10	Bonn	27
	Bremen	27

Abbildung 4: maximal erreichbare Punktzahl = 55

Es ist erkennbar, dass bisher kein optimales Angebot realisiert wurde. Da der Gesamtüberblick nur ein grobes Bild der vielfältigen Internetauftritte der getesteten Städte widerspiegelt, sollen im folgenden die Ergebnisse der einzelnen Dimensionen im Ranking vorgestellt und analysiert werden.

3.3.2. Die Sieger in den Basiskategorien

Adressierbarkeit

In der Adressierbarkeit haben fast alle getesteten Städte befriedigend abgeschnitten. Der Mittelwert der untersuchten Städte lag bei 5,45 von 9 Punkten. Die höchste Punktzahl konnte Wiesbaden mit 7 Punkten erreichen. Die Stadt Wiesbaden bietet neben dem E-Mail-Kontakt auch ein Forum und die Möglichkeit zum Chat mit Entscheidungsträgern an. Nicht überzeugen konnten in dieser Kategorie die Städte Mönchengladbach und Hannover.

Spitzenreiter in der Kategorie Adressierbarkeit

1	Wiesbaden	7
2	Aachen	6
	Berlin	6
	Bielefeld	6
	Bonn	6
	Braunschweig	6
	Bremen	6
	Dresden	6
	Duisburg	6
	Düsseldorf	6
	Frankfurt am Main	6
	Halle (Saale)	6
	Hamburg	6
	Karlsruhe	6
	Kiel	6
	Köln	6
	Krefeld	6
	Lübeck	6
	Magdeburg	6
	Mannheim	6
	Oberhausen	6
	Stuttgart	6
	Wuppertal	6

Abbildung 5: maximal erreichbare Punktzahl = 9

In fast allen getesteten Städten war der Oberbürgermeister (in Berlin: Regierender Bürgermeister, in Hamburg: Erster Bürgermeister, in Bremen: Bürgermeister) per Webformular oder E-Mail direkt erreichbar. Eine Ausnahme machte hierbei lediglich Freiburg. Neben der Stadtspitze konnten auch in nahezu allen getesteten Städten die Verwaltungsspitzen und der Stadtrat per E-Mail oder Webformular angeschrieben werden. In elf Städten war allerdings der Kontakt zum Stadtrat nicht über das Internet möglich.

Punkte wurden nicht vergeben, wenn ein Link auf eine externe Website, beispielsweise der Partei, führte und dort die Kontaktmöglichkeiten gegeben wurden. Dies liegt daran, dass von uns das Internet-Angebot der Stadt bewertet wurde und nicht das der lokalen Parteiverbände oder die privaten Websites von Oberbürgermeister/innen. Letztlich ist dieses Vorgehen plausibel. Denn die Bürger/innen möchten über das Hauptportal der Kommune mit deren Vertretern kommunizieren.

Wiesbaden ist Sieger in der Rubrik Adressierbarkeit, Magdeburg punktet durch sein gutes Forum

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass von den 37 Städten leider nur wenige (fünf) Städte Foren oder Chats anbieten. In Nürnberg und Wiesbaden kann man von Zeit zu Zeit mit dem Oberbürgermeister oder Leitern der Stadtverwaltung chatten. Foren werden von Dortmund, Wiesbaden, Münster, Hagen und Magdeburg angeboten. Hierbei konnte Magdeburg mit seinem Forum überzeugen. Im Forum dieser Stadt wird tatsächlich ein hohes Maß an Interaktivität erzeugt, da die Verantwortlichen der Stadtverwaltung sich aktiv am Forum beteiligen.

Häufig war erkennbar, dass sich Bürger/innen im Forum ihren Frust von der Seele schreiben. Gerade in diesen Fällen wäre es positiv, wenn die Verantwortlichen der Stadt hier antworten. So kann ein Dialog entstehen, der Bürger/innen wieder Vertrauen in die politischen Institutionen gibt und vielleicht sogar zu gesteigertem Interesse und Verständnis für politische Entscheidungsprozesse führt. Allerdings verpufft dieser gute Ansatz, wenn das Forum lediglich als unbeachteter Kummerkasten wirkt.

Insgesamt scheinen Interaktionsmöglichkeiten noch nicht den Stellenwert erreicht zu haben, der sich ihnen durch Chat und Forum, beziehungsweise Online-Konferenzen anbietet. Ein deutlicher Ausbau der Interaktionsmöglichkeiten ist daher zu empfehlen.

Offenheit

Nach der Adressierbarkeit ist die Offenheit eines Internet-Angebots einer Stadt für E-Bürgerbeteiligung ein weiteres entscheidendes Kriterium. Hierbei gab es bei den getesteten Städten eine große Streuung. Insgesamt konnte für diese Kategorie eine maximale Punktzahl von 19 Punkten erreicht werden. Tatsächlich konnte keine Stadt diese maximale Punktzahl erreichen. In der Kategorie Offenheit sind Berlin mit 14 Punkten, dicht gefolgt von München mit 13 Punkten und Mannheim, Braunschweig, Kiel und Hamburg mit jeweils 12 Punkten die Sieger. Schlusslichter waren Hagen und Aachen mit jeweils nur 4 Punkten. Der Mittelwert in dieser Kategorie lag bei 8,7 Punkten, also noch unter der Hälfte der maximalen Punktzahl.

Die Spitzenreiter in der Kategorie Offenheit

1	Berlin	14
2	München	13
3	Braunschweig	12
	Hamburg	12
	Kiel	12
	Mannheim	12
4	Augsburg	11
	Düsseldorf	11
	Essen	11
5	Bremen	10
	Hannover	10
	Nürnberg	10
	Stuttgart	10

Abbildung 6: Die Top 5 in der Kategorie Offenheit (mögliche Punktzahl = 19)

Wir möchten an dieser Stelle noch eine Ebene tiefer in die Testergebnisse einsteigen und dort einige Kernpunkte vorstellen.

Informationsleistung

27 Städte der 37 getesteten Stadtwebsites informierten über die Funktionsweise und die Struktur von Oberbürgermeister und Stadtverwaltung. 28 Städte stellten auch die Struktur und die Aufgaben des Stadtrats vor.

Die aktuelle politische Agenda stellten lediglich Berlin, Hamburg, München, Essen, Bremen, Dresden, Chemnitz, Braunschweig, Halle und Kiel vor. Lobenswert ist hierbei Braunschweig hervor zu heben. Hier präsentierte der Oberbürgermeister zusätzlich auch eine Halbzeitbilanz seiner politischen Aktivitäten.

Gutes Beispiel: Braunschweigs Oberbürgermeister stellt Halbzeitbilanz vor

Ein Ratsinformationssystem boten fast alle untersuchten Städte. Der aktuelle Sitzungskalender des Rats und der Ausschüsse mit Tagesordnung und die dokumentierten Ergebnisprotokolle scheinen mittlerweile zum Standardrepertoire zu gehören.

Bürgernähe

Es ist nicht nur wichtig, welche Informationen im Netz stehen, sondern auch wie sie im Netz stehen. Von Vorteil ist, wenn die Inhalte möglichst „bürgernah“ aufbereitet werden. Dies fördert die Transparenz des politischen Prozesses. Denn letztlich sollen nicht nur Verwaltungsexperten an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sondern auch einfache Bürger/innen. Ihnen kann allgemein verständlich erklärt werden, wie die Politik in ihrer Stadt funktioniert. Ein

Ratsinformationssystem im Netz nutzt wenig, wenn nicht erklärt wird, wie der Rat funktioniert und was Tagesordnung, Ergebnisprotokoll, Ausschüsse etc. bedeuten. Gute Beispiele geben hier für die Arbeit des Stadtparlaments Berlin, Bremen und Kiel. In München, Dortmund, Stuttgart, Hannover und Mannheim präsentieren sich der Oberbürgermeister/in und die Stadtverwaltung bürgernah.

Einladung zur Meinungsäußerung

Neben der Informationsleistung spielt für die Offenheit des Internetangebots eine erhebliche Rolle, ob die Entscheidungsträger der Stadt auch tatsächlich die Bürger/innen zur Meinungsäußerung einladen, Gehör für die Bürger/innen haben. Dies geschah im Untersuchungszeitraum in 17 von 37 Städten, was bedeutet, dass in diesen Städten entweder Stadtregierung oder Stadtrat zur Meinungsäußerung einladen. Anders formuliert: In nicht einmal der Hälfte der untersuchten Städte laden die Entscheidungsträger Bürger/innen im Internet aktiv zur Meinungsäußerung ein.

- | | |
|---------------------|-------------------|
| • Augsburg | • Köln |
| • Berlin | • Leipzig |
| • Bonn | • Magdeburg |
| • Braunschweig | • Mannheim |
| • Dortmund | • Mönchengladbach |
| • Frankfurt am Main | • München |
| • Hagen | • Münster |
| • Halle (Saale) | • Wiesbaden |
| • Hamburg | |

Abbildung 7: Städte, in denen Oberbürgermeister/-in oder das Stadtparlament zur Meinungsäußerung Online einladen (in alphabetischer Reihenfolge)

3.3.3. Die Sieger in den Online Beteiligungsverfahren

In fast allen untersuchten Städten waren Hinweise zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung und des Flächennutzungsplans Online auffindbar. Lediglich in acht Städten aus dem Sample der 37 konnten keine Hinweise zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung gefunden werden. Städte, die im Untersuchungszeitraum keine aktuelle Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleit- oder Flächennutzungsplanung anboten, konnten nicht untersucht werden.³³ Diese Städte waren Bielefeld, Dortmund und Hannover.

³³ Sonst hätten sie in den Kategorien keine Punkte erzielen können und wären mit geringerer Punktzahl ins Ranking eingegangen. Solch ein Vorgehen wäre nicht nur ungenau sondern auch unredlich.

Viele Städte boten im Untersuchungszeitraum auch eine Online-Befragung zu Grünflächen in der Stadt an. Hinweise auf andere, im Untersuchungszeitraum gerade aktuelle, Beteiligungsverfahren wurden bis auf zwei Ausnahmen (Dialog Kulturforum Berlin, Bürgerversammlungen in München) nicht gefunden. In Anbetracht des kurzen Untersuchungszeitraums ist dies kein schlechtes Ergebnis. Allerdings ist die Qualität der einzelnen Beteiligungsangebote in den Städten sehr unterschiedlich, dazu weiter unten mehr.

Zunächst möchten wir die Sieger in den Kategorien der Beteiligungsangebote vorstellen. Die Sieger wurden folgendermaßen ermittelt: Aus allen jeweils getesteten Beteiligungsangeboten der Städte wurde das arithmetische Mittel der erreichten Punktzahlen gebildet. Somit entstand ein Durchschnittswert, der ins Ranking einging.³⁴

Die Beteiligungsangebote wurden in den Dimensionen Diskursmanagement und Einfluss auf Entscheidungen bewertet. In der Dimension Diskursmanagement konnten insgesamt 18 Punkte erreicht werden. In dieser Dimension geht es vor allem darum, ob die Bürger über das Beteiligungsverfahren umfassend informiert werden, um welches Beteiligungsverfahren es sich handelt und ob alle notwendigen Informationen zur Beteiligung im Internet bereit stehen. Hier ist Bochum der Sieger im Ranking. Bochum konnte 14 von 18 Punkten erreichen. Die folgende Tabelle präsentiert die Top 5 Städte in der Kategorie Diskursmanagement. Aber auch einige andere Städte liegen im Spitzenfeld, was bedeutet, dass sie mehr als 50 Prozent der möglichen Punktzahl erreichen konnten und über dem arithmetischen Mittel der getesteten Angebote lagen. Diese sind auch in der folgenden Abbildung aufgeführt.

Top 5 Städte in der Kategorie Diskursmanagement

1	Bochum	14
2	Essen	13
	Dresden	13
3	Düsseldorf	12,5
	Berlin	12,5
4	Krefeld	12
5	Bonn	11,25
	Frankfurt am Main	11
	Lübeck	11
	Braunschweig	10
	Kiel	10

Abbildung 8: maximal erreichbare Punktzahl = 18

³⁴ Dieses Verfahren ist sicherlich problematisch, wenn eine Stadt nur ein einziges Beteiligungsangebot im Untersuchungszeitraum Online im Netz zur Verfügung stellte. In diesem Fall geht das Angebot gleichwertig mit dem Durchschnittswert einer Stadt in das Ranking ein, die mehrere Angebote im Untersuchungszeitraum anbot. Angesichts des kurzen Untersuchungszeitraums haben wir uns allerdings für diesen Weg entschieden, auch um kleinere Städte nicht zu benachteiligen.

Wie sieht es nun mit dem Einfluss auf Entscheidungen aus? Ob den Bürger/innen bekannt gegeben wird, wie mit ihren Anregungen umgegangen wird und wie diese in den Entscheidungsprozess eingehen und wie relevant die Fragestellung ist, wurde mit dieser Dimension bewertet. Auch hier gab es wieder eine Spitzengruppe. Diese ist allerdings schon deutlich kleiner. Die Städte mussten mindestens 50% der maximal erreichbaren Punktzahl in dieser Kategorie erhalten. Dies sind 4,5 Punkte. Der Mittelwert aller getesteten Städte lag bei mageren 3,7 Punkten.

Doch wer gehört nun in die Spitzengruppe? Folgende Abbildung gibt Antwort darauf:

Top 5 Städte in der Kategorie Einfluss auf Entscheidungen

1	Aachen	7
2	Berlin	6,5
3	Bochum	6
4	Essen	5
5	Stuttgart	4,86

Abbildung 9: maximal erreichbare Punktzahl = 9

Bei der Bauleitplanung und der Flächennutzungsplanung Online trennte sich bei den getesteten Städten die Spreu vom Weizen. Deshalb möchten wir noch einmal etwas genauer in die Ergebnisse einsteigen. Noch lange nicht in allen Städten konnten bei den untersuchten Verfahren zur Bauleitplanung und Flächennutzungsplanung Anregungen auch tatsächlich Online per E-Mail oder Webformular vorgebracht werden. Nur in 8 der 37 Städte konnten Anregungen im Untersuchungszeitraum Online hinterlegt werden. Um einen Eindruck davon zu bekommen, in welchen der untersuchten Städten sich Bürger/innen am FNP³⁵ und Bauleitplanung Online beteiligen konnten, haben wir die Ergebnisse in folgender Abbildung zusammen getragen.

• Berlin	• Düsseldorf
• Bochum	• Essen
• Bonn	• Krefeld
• Dresden	• Leipzig

Abbildung 10: Städte, in denen Online Anregungen vorgebracht werden konnten (in alphabetischer Reihenfolge)

Allerdings liegen die notwendigen Informationen um fundierte Anregungen zu machen noch lange nicht in allen Städten Online bereit. Eine Bürgerbeteiligung nach Feierabend von zu Hause aus wird damit erschwert bis unmöglich gemacht.

³⁵ FNP = Flächennutzungsplan

Schade ist auch, dass keine einzige Stadt dem User vorab ankündigt, ob er ein Feedback auf seinen Beitrag erhält, wenn er eine Anregung per Webformular oder E-Mail vorbringt. Dies ist allerdings wichtig, denn wenn sich jemand beteiligt, möchte sie/er wissen, ob ihr/sein Beitrag überhaupt ankommt und wie ihm umgegangen wird.

Im Untersuchungszeitraum konnte auch nicht festgestellt werden, dass im Rahmen für die aktuelle Bauleitplanung interaktive Kommunikationskanäle gewählt wurden (Diskussionsforum, Chat, Online-Konferenz).

Allgemein lässt sich feststellen, dass die gegebenen Informationen über das Verfahren und den tatsächlichen Einfluss der Beiträge auf die Entscheidungen zu wenig und häufig halbherzig sind. Dass Anregungen wirklich willkommen sind, glaubt der Nutzer wahrscheinlich nur schwerlich, wenn ein lapidarer Hinweis erscheint: „Bürger können Anregungen per E-Mail vorbringen“. In fast keinem Beispiel wurden klare Regeln formuliert, wie die Anregungen aussehen sollen, ein weiteres Defizit.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

4.1. Ausbau interaktiver Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Bürger/innen und der Stadt

Im Hinblick auf die Adressierbarkeit empfehlen wir die Kontaktmöglichkeiten auszubauen. Gerade interaktive Kommunikationsangebote, wie Chats, Foren oder themenzentrierte Echtzeit-Konferenzen bieten eine große Chance. Einerseits sind sie für die Bürgerin/den Bürger interessanter, da ein intensiverer Austausch entsteht. Andererseits ist für die Entscheidungsträger mit dem Ausbau interaktiver Kommunikationsmöglichkeiten auch ein Vorteil verbunden: Der gesamte Kommunikationsprozess kann je nach Zielsetzung und Kontext verschiedene, aufeinander aufbauende und sich ergänzende Online- oder F2F-Elemente enthalten und durch Prozess-Moderatoren strukturiert und begleitet werden. Der Entscheidungsträger muss beispielsweise nicht mehr jede E-Mail einzeln beantworten, sondern kann seine Antworten besser sortieren. Es entsteht ein tatsächlicher Dialog zwischen Bürger/innen und Entscheidungsträgern. Potenziale, Herausforderungen und Machbarkeitsgrenzen werden transparenter. Bürgerinteressen erfahren Wertschätzung und Regierende höhere Anerkennung.

4.2. Bessere Vorstellung der politischen Agenda und größere Bürgernähe des Informationsangebots

Die Möglichkeiten der Entscheidungsträger ihre aktuelle Politik und Vorhaben über die Websites zu kommunizieren, werden weitgehend noch nicht in ausreichendem Maß genutzt. Hier wird eine große Chance vertan.

Leider fördern viele der Ratsinformationssysteme noch nicht die Transparenz der Stadtpolitik. Hier würden mehr Informationen helfen, die erklären wie das Zusammenspiel zwischen Stadtrat und Stadtspitze funktioniert und was Ausschüsse, Tagesordnungen etc. bedeuten. Ideal wäre natürlich eine redaktionelle Aufbereitung der Stadtpolitik. Uns ist dabei bewusst, dass die häufig schwierige finanzielle Situation in den Kommunen leider deutliche Grenzen setzt.

Dennoch ist die finanzielle Situation nicht unbedingt ein Hindernis dafür, dass Entscheidungsträger ihre Mitbürger/innen um Anregungen und Kritik bitten. Allgemein könnte eine höhere Empfänglichkeit für Äußerungen der Bürger/innen, die mit einem guten Kommunikationsmanagement bearbeitet werden (moderierte Foren, Chats, themenzentrierte Echtzeit-Konferenzen), auch die Reputation der Entscheidungsträger der Stadt positiv fördern.

4.3. Transparentere Bürgerbeteiligung mit größerer Interaktivität und Prozess-Moderation

Für Online-Bürgerbeteiligung kann zusammengefasst werden, dass noch zu wenige Informationen über die Möglichkeiten und den Einfluss der Anregungen auf die Entscheidungen aus den Online-Angeboten ersichtlich werden. Bei der Bürgerbeteiligung handelt es sich um Betroffenenbeteiligung und das bedeutet vor allem, dass Bürger/innen sich wahrscheinlich nur dann beteiligen, wenn sie der Meinung sind, dass ihre Anregungen tatsächlich Gehör finden. Empfehlenswert sind klare Regelwerke zur Beteiligung und genauere Informationen über den Einfluss der Anregungen auf die Entscheidungen.

Für die Online-Bauleitplanung sollten interaktive Möglichkeiten, wie moderierte Foren zu den einzelnen Bauleitplänen angeboten werden. Damit wird der Dialog strukturierter und bringt für Bürger/innen aber auch für die Entscheidungsträger, einen besseren Überblick.

4.4. Anspruch und Wirklichkeit

Obwohl wir unserem Städtesieger "Berlin" natürlich ganz besonders gratulieren, sollte betont werden, dass in Berlin noch viel getan werden muss. Berlin als Hauptstadt Deutschlands und Weltmetropole sollte wesentlich aktiver auf Bürger/innen aus Berlin und Umgebung sowie auf Gäste und Partnerstädte zugehen und vielfältigste, themenzentrierte Räume für interaktive Dialog- und Entscheidungsprozesse anbieten und begleiten.

Wir meinen, dass aktive Partizipationsprozesse in Städten und Gemeinden nicht dem Zufall oder dem Druck der Notwendigkeit überlassen werden dürfen. Mehr und mehr sind Entscheider/innen gefragt, die Dialogprozesse und bürgerschaftliches Engagement als wichtigen Garant einer modernen und nachhaltigen Demokratie erkennen und mit Tatkraft und professioneller Unterstützung entsprechende Kommunikationsprozesse etablieren und

transportieren. Die gute Nachricht ist, dass Deutschland bereits über alle notwendigen Potentiale verfügt. Entscheider und Umsetzer aus Politik und Verwaltung stehen die notwendigen technischen Innovationen und qualifizierte Prozess-Moderatoren zur Verfügung. Der Gestaltung einer lebendigen Demokratie, die vielfältigste Brücken zwischen Offline und Online ermöglicht, dürfte also nichts mehr im Wege stehen. Oder doch? Gibt es "unsichtbare" Barrieren, die jenseits von finanziellen, personellen und infrastrukturellen Engpässen eine wesentliche Rolle spielen? Obwohl hier die Grenze unserer Studie erreicht ist, möchten wir noch einige Anmerkungen zu möglichen Hemmnissen machen.

4.5. Grenze unserer Studie

Wir denken, dass es in Deutschland an einem allgemein gültigen, klar kommunizierten und breit akzeptierten Definitions-, Ziel- und Aktionsrahmen für die Aufgaben und Herangehensweisen für "E-Demokratie in der Praxis" mangelt. Einzelnen Kommunalvertretern und Verantwortlichen aus Städten und Kommunen fehlen leicht nachvollziehbare "Best Practice Modelle", an denen sie sich orientieren können und Kommunikationsexperten, die ihnen zur Seite stehen, wenn es darum geht, Bürgerbeteiligung-Online zeitgemäß anzubieten und zu begleiten.

Unsere Studie konnte nicht untersuchen, welche "weichen Faktoren" im Hintergrund wohlge-meinte Forderungen blockieren oder Hochglanzstudien im theoretischen Status verharren lassen (Ängste vor Macht- und Kontrollverlust, falsche Vorannahmen und Unkenntnisse). Diese "unsichtbaren Faktoren" können jedoch ganz entscheidende Barrieren sein und damit zu tun haben, warum es trotz vorhandener Technologien und Fachleute bis heute zu wenig vorzeigbare Pilotprojekte und Best Practice Modelle gibt.

Was wir in Deutschland brauchen ist die Erkenntnis, dass Partizipation (Online und Offline) ein lebensnotwendiges Element nachhaltiger Demokratie darstellt und dass ein pro-aktives Diskursmanagement im Sinne staatlicher Dienstleistungen zur Sicherung von Demokratie zu verstehen ist. Wir brauchen aufgeklärte und tatkräftige Entscheider, die in der Lage sind, Partizipation als kontinuierlichen Demokratieerhaltungs- und Verbesserungsprozess zu erkennen und fähig sind mit Unterstützung von Prozess-Begleitern Dialog- und Entscheidungsräume zu öffnen sowie eine dementsprechende pro-aktive Beteiligungskultur zu etablieren. Insgesamt scheint sich ein Teil der untersuchten Städte auf einem guten Weg zu befinden und wir hoffen, dass unsere Studie einen spannenden Diskurs und einen positiven Beitrag zu einer vorbildlichen und zeitgemäßen Entwicklung leisten wird.

5. Über die Initiative eParticipation

Die Initiative eParticipation ist ein Netzwerk von wissenschaftlichen Institutionen und innovativen Dienstleistern, die das gemeinsame Ziel eint, E-Participation als sinnvolles Mittel zur Lösung zahlreicher Probleme im politischen und gesellschaftlichen Feld zu etablieren und zu fördern. Die Initiative tritt für mehr Bürgerbeteiligung im Internet ein. Mit dieser Studie haben wir das Ziel verfolgt, mit einem klaren und nachvollziehbaren Kriterienkatalog die Websites von Städten zu untersuchen. Es ging uns auf keinen Fall darum, die Kriterien im Hinblick eigener Projekte zu entwickeln, sondern mit einem transparenten und unparteiischen Testbogen alle Angebote gleichermaßen zu untersuchen.

Danksagung

Die Herausgeber der Studie bedanken sich für die enge und hervorragende Zusammenarbeit bei Herrn Marco Bräuer. Der Diplom Medienwissenschaftler wurde für die Erstellung der Studie in das Gemeinschaftsprojekt eingebunden und trug für die Aufgabenbereiche Konzeption, Durchführung und Auswertung maßgeblich Verantwortung. Für die zuverlässige und kompetente Mitarbeit gebührt ihm ein besonderes Dankeschön!

6. Kontaktdaten und Ansprechpartner

URL: <http://www.Initiative-eParticipation.de>

Ansprechpartner: Christoph Dowe

eMail: cdowe@politik-digital.de

Telefon: 030-9700-4879

Fax: 030-9700-5487

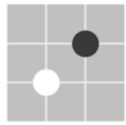
Postanschrift:

Initiative eParticipation

c/o pol-di.net e.V. / politik-digital.de

Oranienburger Str. 17

D-10178 Berlin



**binary
objects**
web-software

binary objects - web-software

Seit 1995 besteht das Team, das heute den Kern von binary objects bildet. Bereits 1996 wurde die Entwicklung des mehrfach preisgekrönten Stadtinformationssystems von Münster/NRW beratend sowie mit Programmierungen und Schulungsmaßnahmen begleitet und eines der ersten deutschen Online-Bürgerbeteiligungsprojekte im Rahmen des dortigen Bürgernetzvereins unterstützt. Es folgten Beratungs-, Software- und Web-Design-Projekte in NRW für Forschung und Lehre, Verwaltungen und Unternehmen. 2002 wurde ein weiterer Standort in Berlin eröffnet. Unter der Firmierung „binary objects“ liegen die Schwerpunkte seitdem besonders in den Bereichen semantische Netze, automatisierte Informationsfilterung, Barrierefreiheit, soziale Interaktionssysteme (insb. Online-Diskurse) sowie Interface-Design zur Darstellung komplexer Informationsmengen.

Referenzen (Auswahl)

1999 und 2000 erfolgte die Durchführung einer umfangreichen technischen Realisierungsstudie im Bereich TeleLearning für das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW.

Seit 1999 kontinuierliche Betreuung und technologische Weiterentwicklung des Internet-Auftrittes der Universität Bonn sowie Realisierung einer Reihe von web-basierten Intranet-Applikationen für verschiedene Verwaltungseinheiten: www.uni-bonn.de

2003 wurde die site-machine IV vorgestellt – ein Content-Management-System speziell für Hochschulen und große Verwaltungsorganisationen.

Im Juni 2004 ist im Auftrag des Berliner Senats und in Kooperation mit dem zebraLog e.V. die E-Participation-Plattform „discourse-machine“ online gegangen. Die Bürgerinnen und Bürger Berlins können über das neben dem Potsdamer Platz gelegene „Kulturforum“-Areal diskutieren. Die discourse-machine unterstützt dabei sowohl Moderation als auch Teilnehmer durch umfangreiche Filterungs- und Sortierfunktionen: www.kulturforum-dialog.de

URL: www.binary-objects.de

Ansprechpartner: Matthias Rehkop

eMail: rehkop@binary-objects.de



Fraunhofer Institut AIS - Wissen & Kommunikation

Das Fraunhofer Institut Autonome Intelligente Systeme (AIS) bietet mit seiner Abteilung Wissen und Kommunikation die Planung, Durchführung und Moderation von E-Partizipation an.

Referenzprojekte sind z.B. die Beteiligungsprojekte Forum Kölner Ringe (2004), Esslinger Haushalt im Dialog (2003), Umgestaltung Alexanderplatz (2003), Baukultur Bonn (2003), Ideenwettbewerb wachsende Stadt Hamburg (2002), Bürgeranhörung Neubaugebiet Esslingen Eggert-Zell (2001).

AIS entwickelt Software für elektronisch gestützte Diskurse mit dem Fokus auf Wissensgenerierung und Gruppenentscheidungen. Dito® ist eine internetbasierte Plattform für moderierte oder selbstgesteuerte Kommunikations- und Kooperationsprozesse zwischen räumlich und zeitlich unabhängigen Personen. Mit dem Werkzeug „Digalo“ bietet AIS ein innovatives Werkzeug für die Abbildung von Argumentationsstrukturen.

Zusätzlich bietet AIS die Seminare „Online Moderation“, „Neue Medien in der Mediation“ und „Elektronische Sitzungsunterstützung für Kleingruppen in Verwaltungen und Unternehmen“ an, und führt Informationsveranstaltungen zu "Online- Bürgerbeteiligung in Kommunen" durch.

URL: <http://www.ais.fraunhofer.de>

Ansprechpartner: Oliver Märker

eMail: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de



eGovernment Zentrum

Fraunhofer eGovernment Zentrum

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist die Anlaufstelle für alle Akteure aus dem Bereich eGovernment. Die Kompetenzen sind vielfältig und generisch miteinander verflochten. Erfahrungen im Anwendungsbereich Verwaltung und Politik verbunden mit genauesten Kenntnissen der Basistechnologien ergeben das Leistungsportfolio aller im Zentrum vereinigten Fraunhofer Institute. Das Fraunhofer eGovernment Zentrum berät Politik, Verwaltung und Wirtschaft bei der Konzeption und in der strategischen Entwicklung von eGovernment sowie bei der Umsetzung von Standards. Beratung und Lösungsentwicklungen erfolgen eng an den Bedürfnissen des Anwendungsbereiches.

Das Fraunhofer eGovernment Zentrum ist unabhängig von hersteller-spezifischen Lösungen und politischen Entwicklungen.

URL: <http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de/>

Ansprechpartner: Oliver Märker

eMail: oliver.maerker@ais.fraunhofer.de



OpenSpace-Online GmbH - The Power of People!

Die OpenSpace-Online GmbH ist ein innovatives Dienstleistungsunternehmen in Sachen Beratung und Begleitung von Face-to-Face Veränderungs- und Beteiligungsprozessen sowie Urheber und Anbieter eines weltweit einzigartigen Internet-Partizipationsverfahrens, namens OpenSpace-Online®. Mit dem Softwaresystem setzt das Unternehmen weltweit neue Maßstäbe in den Bereichen E-Collaboration, E-Participation und Blended Change. Je nach Bedarf kann dieses Verfahren mit unterschiedlichsten Veranstaltungsformen und Methoden (offline und online) kombiniert werden.

Die Software unterstützt in besonderer Weise das ziel- und lösungsorientierte Zusammenarbeiten von Teams und größeren Gruppen in Echtzeit. Jede Person und jede Organisation kann völlig eigenständig OpenSpace-Online® Konferenzen organisieren und durchführen. Für die zwischen 3 und 6 Stunden dauernden Konferenzen werden keine Online-Moderatoren benötigt. Ein virtueller Begleiter führt alle Mitwirkenden auf einfache Weise durch den Ablauf der textbasierten Konferenz. Die Experten sind die Teilnehmenden selbst. Sie finden sich aus Interesse zum übergeordneten Thema ein, entwickeln live die Agenda des Tages und erarbeiten gemeinsam aufgrund ihres Wissen, ihrer Fragen, ihrer Anregungen und ihres Engagements neue Ideen und Lösungen. Zum Abschluss jeder OpenSpace-Online® Konferenz erhält jeder Mitwirkende auf Knopfdruck eine ausführliche Konferenz-Dokumentation. Die Dokumentation bietet eine ideale Grundlage zur nahtlosen Weiterarbeit, da sie alle während der Veranstaltung erarbeiteten Inhalte, Ergebnisse und Verabredungen enthält und entweder digital oder in ausgedruckter Form sofort weiter eingesetzt werden kann.

OpenSpace-Online® findet weltweiten Einsatz in Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Politik. Zu den Kooperationspartnern gehört der Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), der die Software selbst einsetzt und das Verfahren für Bürgerbeteiligung-Online empfiehlt. 2003 wurde die OpenSpace-Online GmbH als „erfolgreiches und innovatives Gründerunternehmen von Berlin“ ausgezeichnet.

URL: <http://www.OpenSpace-Online.com>

URL: <http://www.Buerger-Beteiligung-Online.de>

Ansprechpartnerin: Gabriela Ender

eMail: ender@OpenSpace-Online.com



politik-digital.de

politik-digital.de wurde 2001 mit dem „Grimme-Online-Award Medienkompetenz“ ausgezeichnet. politik-digital.de erhielt zudem den „Alternativen

Medienpreis 2003“ in der Sparte „Internet“. In den Jahren 2001 und 2003 wurde politik-digital.de vom amerikanischen Internetdienst „PoliticsOnline“ zu den „25 Who Are Changing the World of Internet and Politics“ gezählt.

pol-di.net e.V. ist ein digitaler Think-Tank in der europäischen Informationsgesellschaft. Als europaweiter Verein konstituiert, betreibt pol-di.net seit dem Jahr 1998 unter der Adresse www.politik-digital.de Deutschlands führende unabhängige Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Internet und Politik.

In enger Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt pol-di.net Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der Informationsgesellschaft und begleitet diese aktiv. Neben dem journalistischen Angebot und Internet-Chats mit bekannten Politikern bietet pol-di.net e.V. Beratung und wissenschaftliche Expertise bei Studien und Untersuchungen im Bereich Politik, Kommunikation und Internet.

Aktuell führt politik-digital.de die regelmäßige Chatreihe tacheles.02 für tagesschau.de in Kooperation mit "Der Tagesspiegel" und „sueddeutsche.de“ durch. Unter den ca. 220 Chat-Gästen bei politik-digital.de waren u.a. Johannes Rau, Wolfgang Thierse, Angela Merkel, Renate Künast, Gregor Gysi oder Guido Westerwelle.

Wissenschaftliche Arbeiten wurden unter anderem in Kooperation mit oder im Auftrag von der Bertelsmann-Stiftung, Accenture Unternehmensberatung, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Zentrum für Medien und Interaktivität an der Universität Gießen, dem Hessischen Rundfunk oder der Initiative D21 gefertigt. Derzeit arbeitet pol-di.net e.V. an einer Studie für das Technikfolgenabschätzungsbüro beim Deutschen Bundestag, Thema: Die Debatte über Copyright und Urheberrecht im Internet.

URL: <http://www.politik-digital.de>

Ansprechpartner: Christoph Dowe

eMail: cdowe@politik-digital.de



TUHH Technologie GmbH

Die TUHH-Technologie GmbH (TuTech) wurde 1992 von der Technischen Universität Hamburg-Harburg gegründet. Mit der Zusammenführung von TuTech und dem Technologie-Beratungszentrum Hamburg (TBZ) im Frühjahr 1997 entstand in Hamburg eine Technologietransfer- und Beratungseinrichtung, die über die Technische Universität hinaus Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aktiv unterstützt und Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung kompetent und umfassend berät. TuTech verfolgt dabei vor allem folgende Ziele:

- Förderung des Technologietransfers
- Implementierung von neuen Technologien aus der Hochschule in die Wirtschaft
- Entwicklung und Aufbau regionaler Technologiezentren in Kooperation mit wissenschaftlichen Instituten und Unternehmen
- Technologieberatung und Innovationsförderung
- Weiterbildung zu Technologie- und Technologiemanagementthemen

Die TuTech-Abteilung Interaktive Kommunikation (IK) hat sich auf die Kommunikationsberatung für Neue Medien spezialisiert, die den gesamten Bereich von der Strategieentwicklung bis zur Realisierung interaktiver Anwendungen im Internet umfasst. Im Bereich elektronischer Bürgerbeteiligung hat TuTech/IK unter anderem das europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekt DEMOS geleitet. DEMOS steht heute sowohl für eine innovative Software als auch für ein Verfahren zur Durchführung zielorientierter Diskurse im Internet. Mit Hilfe von DEMOS konnte in Hamburg eines der bisher erfolgreichsten Projekte elektronischer Partizipation realisiert werden.

Neben der Konzeption und Durchführung internetbasierter Beteiligungsverfahren bietet TuTech/IK auch Schulungen und Workshops in den Bereichen E-Government, E-Democracy, E-Participation und E-Learning an. TuTech/IK konzipiert und koordiniert darüber hinaus nationale und europäische Forschungs- und Entwicklungsprojekte und berät Kunden und Partner bei der Akquisition öffentlicher Fördermittel.

URL: <http://www.tutech.de/IK>

Ansprechpartner: Rolf Lührs

eMail: luehrs@tutech.de

wegewerk > **wegewerk - neue medien neue politik**

wegewerk ist eine Agentur für Online-Relations mit Sitz in Berlin und Brüssel. Unter Online Relations versteht das Unternehmen die gesamte Bandbreite moderner Kommunikation in elektronischen Medien, alle Mittel und Möglichkeiten, die jederzeit direkte Interaktion zwischen seinen Kunden und ihren jeweiligen Zielgruppen erlauben.

wegewerk entwickelt im fünften Jahr Kampagnen, realisiert Websites, programmiert Software und erstellt redaktionelle Inhalte. Das Angebot reicht von der Analyse der Ausgangssituation über die Planung kommunikativer Maßnahmen, die Kreation und Entwicklung geeigneter Anwendungen bis hin zur Betreuung des laufenden Betriebes. Die besondere Kompetenz von wegewerk liegt in der attraktiven Vermittlung komplexer Inhalte. Dazu gehört die Organisation von Online-Dialogen, Meinungserhebungen und Entscheidungsprozessen. Die Agentur gilt als Experte für „barrierefreies“ Webdesign und konnten ihren technischen Sachverstand wiederholt bei komplexen Projekten unter Beweis stellen. wegewerk berät nach Bedarf, bietet jedoch auch eigene e-Partizipations-Lösungen:

wwProCon: Eine Software für Online-Debatten, bei der konkrete Vorschläge diskutiert werden und Beiträge nach Pro und Contra sortiert angezeigt werden. Die Beiträge werden in Kern-Argumente und ausführliche Kommentare unterschieden. Dabei entsteht Stück für Stück ein grafischer Überblick zum Stand der Debatte.

wwQuest: eine Lösung für virtuelle Interviews oder Pressekonferenzen, bei der Fragen vorab gesammelt und durch die User über Punktvergabe und Punktabzug nach Relevanz bewertet werden können, so dass sich aus der Punktzahl ein Ranking der besten Fragen ergibt. Dies bietet eine basisdemokratische Alternative zu einem Chat, bei der sich die Redaktion die Auswahl der Fragen vorbehält.

Daneben vertreibt wegewerk NetConferencePlus, eine umfassende Internetlösung für demokratische Entscheidungsprozesse, bei der Vorschläge in mehreren Stufen durch Debatte, Änderungsvorschläge und Abstimmungen weitergereicht werden. Das Besondere ist, dass die Teilnehmer ihr Stimmrecht flexibel delegieren können, so dass aktiven Diskutanten eine höhere Legitimation zukommt.

URL: <http://www.wegewerk.de>

Ansprechpartner: Juri Maier

eMail: juri.maier@wegewerk.de



Zebralog – medienübergreifende Dialoge

Zebralog unterstützt moderne Dialog-basierte Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es ist unser Ziel, die Beziehungen und den Wissensaustausch zwischen Politik und Bürgern, zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu stärken. Die Mitglieder von Zebralog e.V. gehören zu den ersten in Deutschland, die das interaktive Potenzial des Internet für Bürgerbeteiligungen nutzten. So greifen wir bei der Auswahl der technischen Plattform, bei der Einbettung der Dialoge, bei der Teilnehmerwerbung und bei der Moderation der Diskussionen auf ein Methodenwissen zurück, dass wir durch Projekterfahrungen zusammen mit dem Berliner Senat, dem Hamburger Senat und der Stadt Esslingen in den letzten vier Jahren laufend verfeinern konnten. Darüber hinaus stehen die Mitglieder von Zebralog auch beratend bei der Planung und Durchführung von Online-Dialogen, als Trainer für Online-Moderatoren und als wissenschaftliche Gutachter und Evaluatoren zur Verfügung.

Hans Hagedorn

Studium der Raumplanung/Stadtplanung an den Universitäten Dortmund (D), Newcastle (UK) und Kumasi (Ghana). Tätigkeit im Büro für Kommunalberatung Jens Stachowitz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Dortmund, Junior Berater hammerbacher gmbh, Projektleiter und Koordinator des Geschäftsfelds kommunale Internetportale bei City & Bits GmbH.

Daniela Riedel

Ausbildung zur Industriekauffrau, Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin. Tätigkeit bei der Planungsgruppe 4, Berlin, bei der Stadtregierung und Universität Buenos Aires, Argentinien. Studentische Mitarbeit am Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) und bei City&Bits GmbH.

Matthias Trénel

Studium der Psychologie an der FU Berlin und an der University of Melbourne, Ausbildung zum Moderator sowie zum Mediator am International Conflict Resolution Centre Melbourne, Evaluationsforschung am Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin, Lehrtätigkeit an der TU Dresden, Dissertation über Moderation in Online-Diskursen am Wissenschaftszentrum Berlin.

URL: www.zebralog.de

Ansprechpartner: Matthias Trénel

eMail: dialog@zebralog.de

6. Quellen

Bertelsmann Stiftung (2001): Balanced E-Government. Elektronisches Regieren zwischen administrativer Effizienz und bürgernahe Demokratie. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Online im Internet. URL: <http://www.begix.de/> [02.07.2004].

Bundesministerium des Inneren: Lexikon. Begriff: e-Democracy. Online im Internet. URL: http://www.bmi.bund.de/frame/sonstige/Lexikon/ix3732_17904.htm?lexmode=on [02.07.2004].

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003): Informationsgesellschaft Deutschland 2006. Aktionsprogramm der Bundesregierung. Online im Internet. URL: http://www.bmbf.de/pub/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf [02.07.2004].

Coleman, Stephen/Götze, John (2001): Bowling Together: Online Public Engagement in Policy Deliberation. Online im Internet. URL: <http://www.bowlingtogether.net> [14.04.2004].

Donath, Matthias (2001): Demokratie und Internet. Neue Modelle der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik – Beispiele aus den USA. Frankfurt/Main: Campus.

Eimeren, Birgit van/Gerhard, Heinz/Frees, Beate (2003): Internetverbreitung in Deutschland: Unerwartet hoch. In: Media Perspektiven 8/2003, S. 338-358.

Ewert, Burkhard/Fazlic, Nermin/Kollbeck, Johannes (2003): E-Demokratie. Stand, Chancen, Risiken. In: Schulzki-Haddouti, Christiane (Hrsg.): Bürgerrechte im Internet. Bonn: bpb, S. 227-260.

Friedrichs, Stefan/Hart, Thomas/Schmidt, Oliver (2002): „Balanced E-Government“: Visionen und Prozesse zwischen Bürgernähe und Verwaltungsmodernisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002, S. 12-23.

Gore, Al (1994): Rede vor der World Telecommunication Development Conference in Buenos Aires am 21.03.1994.

Holtkamp, Lars (2002): E-Democracy in deutschen Kommunen - Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Technikfolgenabschätzung, Nr. 3 / 4, 11. Jahrgang. Online im Internet. URL: <http://www.itas.fzk.de/tatup/023/holt02a.htm> [02.07.2004].

Kaase, Max (2000): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn: bpb. Online im Internet. URL: http://www.bpb.de/wissen/06713986635846339646200579504445,0,0,Politische_Beteiligung_PolitischePartizipation.html [02.07.2004].

Korff, Fritz von (1999): Kommunale Demokratie und das Internet. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 191-208.

Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.) (1998): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln: Bollmann.

Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin (2002): Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation im Internet. Opladen: Leske+Budrich.

United Nations (2003): World Public Sector Report 2003: E-Government at the crossroads. Online im Internet. URL: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/un/unpan012733.pdf> [02.07.2004].

Wienhöfer, Elmar/Kastenholz, Hans/Geyer, Thomas (2002): Bürgerbeteiligung im Internet. Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Demokratie. Nr.207/Februar 2002. Bürgergutachten. Online im Internet. URL: <http://www.ta-akademie.de/deutsch/bestellungen/textelk/ab207.pdf?SID=1797767> [02.07.2004].

Winkel, Olaf (2004): Zukunftsperspektive Electronic Government. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/2004, S. 7-15.